

Prognose 2002: Rezession wird allmählich überwunden¹

Aktuelle Lage: Deutschland und die Welt im Abschwung

Der Abschwung in Deutschland und in den anderen westlichen Industrieländern hat sich im Jahr 2001 fortgesetzt. Die USA befinden sich seit dem März in der Rezession; auch in Japan geht die Wirtschaftsleistung seit dem Frühjahr zurück. In Westeuropa kam die Expansion im Sommerhalbjahr 2001 nahezu zum Stillstand; in Deutschland fällt das reale Bruttoinlandsprodukt seither. Zum ersten Mal seit der ersten Ölkrise der Jahre 1973/74 befinden sich die drei wichtigsten Industrieländer gleichzeitig in der Rezession.

Die konjunkturelle Verschlechterung begann Mitte 2000 in Nordamerika und ergriff, zeitlich versetzt und in unterschiedlichem Ausmaß, alle Weltregionen. Ausgelöst wurde die negative Entwicklung durch stark gestiegene Ölpreise, die Überschwemmung der internationalen Kapitalmärkte mit amerikanischen Wertpapieren und die zuvor in den meisten westlichen Industrieländern erheblich gestraffte Geldpolitik, die gemeinsam dazu beitrugen, zunächst die amerikanischen und dann auch die europäischen Aktienmärkte auf Talfahrt zu schicken, wodurch bei den Investoren und Konsumenten eine Nachfragezurückhaltung ausgelöst wurde. Besonders hart war der IT-Sektor betroffen, dessen langjähriger Boom ein abruptes Ende fand.

Im Sommer 2001 schien die Konjunktur in Deutschland und in der Welt den unteren Wendepunkt erreicht zu haben. Wichtige Frühindikatoren, so insbesondere die Umfragen zur Weltkonjunktur, die das ifo Institut vierteljährlich in 80 Ländern durchführt, signalisierten damals bereits eine Wende zum Besseren. Durch die Terror-Anschläge vom 11. September in den USA sind Investoren und Verbraucher jedoch überall in einem derartigen Ausmaß verunsichert worden, dass die erwartete konjunkturelle Erholung ausblieb und der Abschwung in vielen Regionen – oft-

mals sogar noch beschleunigt – weiterging. Der weltweite Klimaindikator des ifo Instituts fiel zuletzt auf den niedrigsten Stand seit seiner Einführung im Frühjahr 1981.

Die deutsche Wirtschaft geriet in der zweiten Jahreshälfte 2001 in die Rezession; im Jahresdurchschnitt stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion nur noch um 0,6 %. Der Abschwung hat inzwischen weite Teile der Wirtschaft erfasst: Die Industrieproduktion, und hier insbesondere die Produktion von Vorleistungs- und Investitionsgütern, sinkt seit dem Frühjahr. Weit stärker noch fiel die Bauproduktion zurück. Im Gefolge der Terror-Anschläge ist nun auch die Wertschöpfung in Teilen des Dienstleistungssektors rückläufig, so beim Ferntourismus und bei Luftverkehrsunternehmen.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts schlug sich die Wirtschaftsschwäche vor allem bei den Investitionen in Ausrüstungen und Bauten nieder; im Jahresdurchschnitt 2001 sanken die gesamten Bruttoanlageinvestitionen um 4,1 %. Der private Konsum, der zu Jahresanfang – angeregt von der Steuerreform – noch zulegen konnte, dürfte im zweiten Halbjahr 2001 nur noch stagniert haben. Mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von lediglich 1,4 % blieb er weit hinter den ursprünglichen Wachstumshoffnungen zurück. Kaufkraft kosteten ein neuerlicher Ölpreisschub sowie starke Preissteigerungen bei Lebensmitteln insbesondere im Zusammenhang mit den Tierseuchen BSE und MKS. Von der Exportnachfrage wurde die deutsche Konjunktur hingegen bis in die Sommermonate hinein gestützt; hier dürfte sich erstmalig im vierten Quartal 2001 konjunkturell ein Minus eingestellt haben.

Rezessionsbedingt hat sich auch die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschlechtert: Die Erwerbstätigenzahl sank saisonbereinigt im Jahr 2001 nahezu kontinuierlich; die Arbeitslosigkeit stieg deutlich an.

¹ Aktualisierte und gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose von Dezember 2001. Vgl. H.-W. Sinn, W. Nierhaus, W. Meister, „Vor der Talschle“, in: ifo Schnelldienst, 24/2001, S. 27ff. Aktualisierung, Stand: 24. 01. 2002.

Die Arbeitslosenquote (bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen) lag im Dezember saisonbereinigt bei 9,3 %, das ist der höchste Stand seit 1 3/4 Jahren.

Ausblick 2002

Neuer Aufschwung in den USA strahlt auf Weltwirtschaft aus

Die weltpolitische, aber auch die weltwirtschaftliche Lage bergen zur Zeit außergewöhnlich große Risiken für die Prognose, weil die ihr zugrunde liegenden Annahmen unsicher sind. Mehr noch als sonst ist deshalb zu betonen, dass die Konjunkturprognosen bedingte Vorhersagen sind, denen zwar im Zeitpunkt der Erstellung die größte subjektive Eintrittswahrscheinlichkeit zugebilligt wird, die aber keinesfalls als sicher eingeschätzt werden können.² Zu den Annahmen gehören die folgenden:

- Weder in den Vereinigten Staaten noch in anderen Ländern kommt es zu massiven terroristischen Anschlägen.
- Aus dem Palästina-Konflikt wird kein Flächenbrand im Nahen Osten; die Ölversorgung bleibt weltweit zu moderaten Preisen gewährleistet. Der Rohölpreis dürfte im Jahresdurchschnitt 2002 bei 20 US-Dollar pro Barrel liegen, nach fast 25 US-Dollar im abgelaufenen Jahr. Dies bedeutet für die deutsche Ölrechnung eine Entlastung um rund 6 Mrd. Euro (oder 0,3 % des Bruttoinlandsprodukts) im Vorjahresvergleich.
- Der Euro wird gegenüber dem US-Dollar leicht aufwerten.³

Unter diesen Annahmen wird die Weltwirtschaft im Winter 2001/2002 den Punkt des niedrigsten Wachstums erreichen. In den meisten westlichen Industrieländern dürfte die Wachstumsrate mit zunehmendem Vertrauen von Investoren und Verbrauchern danach wieder steigen. Die Geldpolitik wirkt überall expansiv; zudem kommen von der Finanzpolitik in den USA und einigen anderen Industrieländern Impulse. Stützend wirken zudem die gesunkenen Energie- und Kraft-

stoffpreise. Durch die Terroranschläge vom 11. September wird der Beginn des nächsten globalen Konjunkturaufschwungs also nicht verhindert, sondern lediglich verzögert, wie es vom ifo Institut bereits unmittelbar nach den Anschlägen vermutet worden war.

Für die USA lässt die stark expansiv wirkende Wirtschaftspolitik eine beschleunigte Konjunkturerholung im Jahresverlauf 2002 erwarten. Von der Finanzpolitik kommen kräftige Impulse: Zu den vor und unmittelbar nach den Anschlägen ergriffenen Soforthilfen in Höhe von 40 Mrd. US-Dollar und weiteren Maßnahmen soll ein weiteres, vorwiegend Steuersenkungen umfassendes Paket von 75 bis 100 Mrd. US-Dollar kommen. Das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit wird 2002 vermutlich bei 1 1/2 % des Bruttoinlandsprodukts liegen, nach einem Überschuss von rund 1 1/4 % im abgelaufenen Jahr. Das Bruttoinlandsprodukt in den USA wird im Jahr 2002 um ca. 1 1/4 % expandieren (2001: +1,1 %). Die Konsumentenpreise steigen 2002 nur noch um rund 2 %, nach fast 3 % im vergangenen Jahr. Die Arbeitslosenquote nimmt von 4 3/4 % auf ca. 6 % zu.

Japan hat nach wie vor einen erheblichen Sparüberhang über die Investitionen zu verkraften, der ein mittlerweile chronisches Defizit an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage bedeutet und in eine Strukturkrise umgeschlagen ist. Dieses Land wird keinen Beitrag zum weltwirtschaftlichen Wachstum leisten. Die Rezession dürfte allenfalls im späteren Verlauf des Jahres 2002 im Aufwind des sich erholenden Welthandels allmählich überwunden werden. Der Spielraum für eine expansivere Wirtschaftspolitik ist ausgeschöpft. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um ca. 1 % zurückgehen; die Konsumentenpreise sinken erneut um etwa 1/2 %. Die Arbeitslosenquote steigt im Jahresdurchschnitt 2002 auf annähernd 5 3/4 %, nach ungefähr 5 % im abgelaufenen Jahr.

Die westeuropäischen Volkswirtschaften dürften die Konjunkturschwäche etwa ebenso synchron überwinden, wie sie in diese hineingeraten sind. Aus-

² Vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1964/65, TZ 217.

³ Vgl. hierzu W. Gerstenberger, Editorial, „Mit dem Euro beginnt 2002 positiv“, in diesem Heft.

schlaggebend hierfür sind die Anstöße seitens der Wirtschaftspolitik sowie – ausgehend von der Erholung in den USA – des Welthandels. Zwar könnte die Auslandsnachfrage durch den Wertgewinn des Euro gebremst werden, doch steigt dadurch der Spielraum für eine expansivere Geldpolitik, die vom Zwang befreit ist, zur Stützung des Euro einen im Vergleich zu den USA restriktiveren Kurs zu fahren. Wird dieser Spielraum ausgenutzt, bleibt der Nettoeffekt auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage gering. Stützend wirkt auch die Nachfrage aus den im internationalen Vergleich nach wie vor überdurchschnittlich expandierenden mittel- und osteuropäischen Ländern. Im Euro-Raum ist im laufenden Jahr mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um gut 1 ¼ % zu rechnen, nach 1,6 % im vergangenen Jahr. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, wie immer Nachläufer der Konjunktur, verschlechtert sich bis in die zweite Jahreshälfte hinein, sodass die Arbeitslosenquote auf 8 ½ % im Jahresdurchschnitt steigt. Die Verbraucherpreise werden um etwa 1 ¾ % über dem Niveau von 2001 liegen; die Inflationsrate wäre noch geringer, wenn nicht wieder in einigen Ländern indirekte Steuern erhöht würden.

Deutsche Wirtschaft: Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte

In Deutschland sind die Auftragseingänge in der Industrie nahezu fortlaufend gesunken. Vom Dezember des Jahres 2000 bis zum November 2001 war ein Rückgang sowohl der ausländischen als auch der inländischen Auftragseingänge von rund einem Zehntel zu verzeichnen. Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests ist im November der Geschäftsklimaindex für die Industrie wieder leicht gestiegen. Die Geschäftserwartungen haben sich zum ersten Mal seit August wieder spürbar verbessert. Die Exportchancen werden ebenfalls nicht mehr so ungünstig eingeschätzt. Für das erste Quartal 2002 zeichnet sich alles in allem noch keine Erholung ab. Erst im Frühjahr dürfte mit der Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds die gesamtwirtschaftliche Produktion wieder steigen.

Export gewinnt wieder an Schwung

Die weltweite Konjunkturschwäche hat auch die

deutsche Exportkonjunktur deutlich abgebremst. Bereits im ersten Quartal 2001 war saisonbereinigt ein spürbares Minus zu verzeichnen. Aufgrund des hohen Überhangs konnte die Ausfuhr im Jahresdurchschnitt 2001 noch um 5,1 % zulegen.

Im laufenden Jahr wird der Export verhalten starten, doch ab dem zweiten Vierteljahr ist – ausgehend von der erwarteten Erholung in den USA – wieder mit einem Anstieg der Ausfuhr zu rechnen. Eine zusätzliche Hilfestellung durch einen niedrig bewerteten Euro wird es allerdings nicht mehr geben, da mit der Einführung des Euro-Bargeldes und der allmählich wieder zunehmenden Nachfrage aus dem Ausland mit einer Aufwertungstendenz zu rechnen ist. Das Expansionstempo der deutschen Ausfuhr dürfte im späteren Verlauf des Jahres 2002 wieder zur mittelfristigen Trendwachstumsrate von rd. 6 % aufschließen. Wegen des niedrigen Ausgangsniveaus zu Beginn des Jahres wird der Export im Jahresdurchschnitt 2002 aber nur um etwa 2 % zunehmen.

Investitionsperspektiven hellen sich allmählich wieder auf

Die Ausrüstungsinvestitionen sind seit dem vierten Quartal 2000 fortlaufend gesunken. Der starke Einbruch der Geschäftserwartungen deutet – zusammen mit anderen Indikatoren wie dem rückläufigen Auftragseingang bei den Investitionsgüterherstellern – darauf hin, dass die Investitionsneigung zunächst noch weiter abnimmt. In diesem Jahr wird die Talsohle bei den Ausrüstungsinvestitionen allmählich überwunden werden. Wegen der verbesserten Exporterwartungen und des gestiegenen Nachholbedarfs aufgrund zurückgestellter Ersatzinvestitionen werden die Ausrüstungsinvestitionen im zweiten Halbjahr wieder an Fahrt gewinnen; das Vorjahresniveau wird allerdings wegen des Unterhangs am Jahresanfang 2002 immer noch leicht unterschritten. Die Ausgaben für Informations- und Kommunikationstechnologien werden nach dem Abflauen des IT-Booms der vergangenen Jahre wieder stärker vom Investitionszyklus in Ausrüstungen bestimmt. Allerdings wird die Nachfrage nach Sicherheitstechnologien deutlich zunehmen, sodass die Steigerungsrate dieser Gütergruppe hoch bleiben dürfte.

Die Talfahrt der Bauinvestitionen hält immer noch an. Nach wie vor deuten gewichtige Frühindikatoren wie Auftragseingänge, Baugenehmigungen und die Erwartungen der Bauunternehmen auf keine durchgreifende Besserung der Lage hin. Die Investitionen in den Wohnungsbau werden deshalb zunächst weiter sinken. Der Wirtschaftsbau dürfte sich bis Ende 2002 – trotz vereinzelt positiver Signale bei Büro- und Verwaltungsgebäuden – kaum erholen. Aufgrund der angespannten Kassenlage wird schließlich auch bei den öffentlichen Investoren bis Mitte 2002 keine Stabilisierung der Investitionstätigkeit erwartet. Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2002 um 3,9 % abnehmen, nach einem Rückgang von 5,7 % im vergangenen Jahr.

Privater Konsum wird wieder anziehen.

Der private Konsum ist im Jahr 2001 mit 1,4 % deutlich schwächer gestiegen, als es vor einem Jahr erwartet worden ist. Maßgeblich hierfür war der beträchtliche Kaufkraftverlust durch unvorhergesehene Preissteigerungen. Gedämpft hat aber auch der mit der Abschwächung der Konjunktur einhergehende Beschäftigungsrückgang sowie die Verschlechterung der Konsumentenstimmung nach den Terroranschlägen.

Im laufenden Jahr wird die Verbrauchskonjunktur allmählich wieder anziehen. Die Tarifverdienste werden wohl mit knapp 2 1/2 % im Jahresdurchschnitt etwas stärker steigen als im vergangenen Jahr (2 %), und in der zweiten Jahreshälfte wird auch die Beschäftigung aufgrund der sich bessernden Konjunktur wieder zunehmen. Die Nettolohnentwicklung wird allerdings durch die Beitragssatzanhebung in der gesetzlichen Krankenversicherung und die wieder voll greifende Steuerprogression gedämpft. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im zweiten Halbjahr wieder spürbar expandieren. Dies gilt auch real, weil der steuerbedingte Kaufkraftentzug durch die Anhebung der Tabak- und Versicherungssteuer sowie die nächste Stufe der Ökosteuer konjunkturell nur am Jahresanfang wirkt. Die Sparquote wird nach der leichten Zunahme in diesem Jahr nicht zuletzt wegen der steuerlichen Förderung des privaten Vorsorgesparens („Riesterrente“) kaum zurückge-

hen. Wegen der flachen Entwicklung im ersten Halbjahr 2002 wird der reale Konsum im Jahresdurchschnitt 2002 allerdings nur um 0,8 % steigen.

Beruhigung des Preisauftriebs

Der Preisauftrieb ist im Herbst 2001 zum Stillstand gekommen, teilweise ist das Preisniveau sogar gesunken. In diesem Jahr wird das insgesamt günstige Preisklima anhalten. Am Jahresanfang wurde diese Tendenz allerdings von erneuten Verbrauchsteueranhebungen und witterungsbedingten Preissteigerungen von Nahrungsmitteln überlagert; die Erhöhung der Tabak- und Versicherungssteuer und die 4. Stufe der Ökosteuer bewirkt allein einen Anstieg des Preisniveaus um knapp 1/2 %. Die Einführung des Euro-Bargelds hat nach den bisher vorliegenden amtlichen Ergebnissen nicht zu einem Inflationsschub auf breiter Front geführt; die schwache Konjunktur eröffnet kaum Spielräume für größere Preiserhöhungen. Im weiteren Jahresverlauf dämpfen zudem die zu erwartende Aufwertung des Euro und die sich wieder abflachende Lohnstückkostenentwicklung den Preisanstieg. Insgesamt werden die Verbraucherpreise im Jahr 2002 um 1 1/2 % steigen, nach 2,5 % im Jahr 2001.

Produktion steigt erst im zweiten Halbjahr wieder schwungvoll

Der Abschwung der gesamtwirtschaftlichen Produktion, der zur Jahresmitte 2000 eingesetzt hatte, verstärkte sich bis zuletzt; im Jahresergebnis 2001 stieg das Bruttoinlandsprodukt nur um 0,6 %. Vorlaufende Indikatoren wie die Auftragseingänge bei der Industrie sowie die Geschäfts- und die Produktionserwartungen nach ifo Konjunkturtest deuten auf eine noch schwache Entwicklung in den ersten Monaten des Jahres 2002 hin. Auch werden sich die Verbraucher angesichts steigender Abgaben zum Jahresbeginn 2002 noch zurückhalten. Erst danach dürfte die Produktion – angeregt durch die wieder anziehende Konjunktur in den USA und den Umschwung im Lagerzyklus – allmählich wieder Fahrt aufnehmen. Die größte Dynamik wird in der zweiten Jahreshälfte die Produktion im verarbeitenden Gewerbe entfalten. Das wird jedoch nichts daran ändern, dass im Jahresdurch-

schnitt ein Minus von rund 2 % zu verbuchen sein wird, nach einem geringfügigen Zuwachs (1/2 %) im Jahr 2001. Der Rückgang im Baugewerbe dürfte sich abflachen, aber noch nicht zum Stillstand kommen. Im Handel und den privaten Dienstleistungen wird die

Wertschöpfung nur verhalten steigen, während die unternehmensnahen Dienste mit steigendem Tempo expandieren werden. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2002 abermals nur um rund 0,6 % expandieren.

Tab. 1

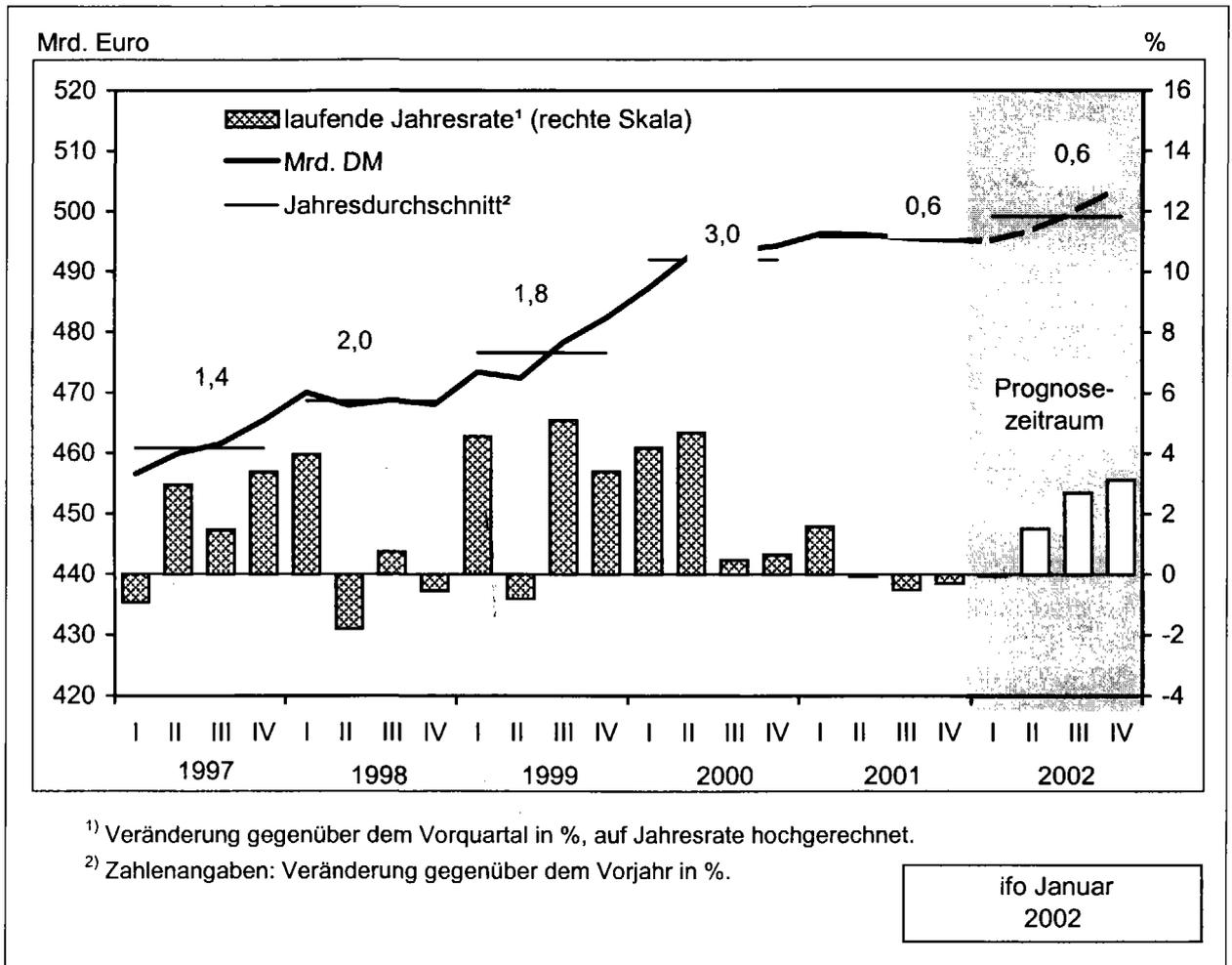
Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	1999	2000	2001	2002 ¹⁾
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr²⁾				
Private Konsumausgaben	3,1	1,4	1,4	0,8
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,2	1,3	1,1
Anlageinvestitionen	4,2	2,3	-4,1	-1,7
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	4,6	8,7	-2,2	0,8
Bauten	1,5	-2,5	-5,7	-3,9
Inländische Verwendung	2,6	2,0	-0,5	0,4
Exporte	5,6	13,2	5,1	2,2
Importe	8,5	10,0	2,0	6,5
Bruttoinlandsprodukt	1,8	3,0	0,6	0,6
Erwerbstätige ^{b)} (Mill. Personen)	38,081	38,706	38,761	38,7
Arbeitslose (Mill. Personen)	4,099	3,889	3,852	4,0
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	9,7	9,1	9,1	9,3
Preisindex für die Lebenshaltung ^{d)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,6	1,9	2,5	1,5
Lohnstückkosten ^{e)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,6	-0,2	1,2	1,5
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)} - in Mrd. Euro ^{g)}	-30,6	23,9	-53,8	-51,5
- in % des Bruttoinlandsprodukts ^{g)}	-1,6	1,2	-2,6	-2,5
nachrichtlich:				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euro-Raum ^{h)} (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,6	3,4	1,6	1,3
Verbraucherpreisindex im Euro-Raum ⁱ⁾ (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,1	2,3	2,6	1,8
1) Prognose des ifo Instituts.- a) In Preisen von 1995.- b) Im Inland.- c) Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Arbeitslose und Erwerbstätige).- d) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995=100).- e) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte (je Arbeitnehmer) bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 (je Erwerbstätigen).- f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG'95).- g) Im Jahr 2000 einschl. der erwirtschafteten Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Mobilfunklizenzen in Höhe von 50,81 Mrd. Euro.- h) Angabe für 2001 geschätzt. - i) Verbraucherpreisindex (HVPI-EWU).				

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Schätzungen des ifo Instituts.

Abb. 1

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 1. Quartal 2002: Prognose.

Arbeitslosenzahl bei vier Millionen

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich seit Anfang 2001 im Gefolge der gesamtwirtschaftlichen Schwäche mehr und mehr verschlechtert. Während die Erwerbstätigenzahl – den letzten, erneut revidierten amtlichen Daten zufolge – bis in den Frühsommer noch annähernd stagnierte und erst in den letzten Monaten deutlich sank, stieg die Arbeitslosenzahl seit Jahresanfang kontinuierlich. Zum Jahresende 2001 waren etwa 155.000 Personen mehr arbeitslos als

vor Jahresfrist, was einer Arbeitslosenquote – bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen – von saisonbereinigt 9,3 % entsprach. Die Erwerbstätigenzahl dürfte im Jahresverlauf um knapp 100.000 zurückgegangen sein.

Angesichts der zunächst noch schwachen Produktionsentwicklung ist für die kommenden Monate eine weitere Verschlechterung am Arbeitsmarkt zu erwarten. Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit und der Tiefpunkt in der Erwerbstätigkeit wird erst etwa zur Jah-

resmitte 2002 erreicht sein. Das bedeutet, dass die Arbeitslosenzahl im Frühjahr saisonbereinigt die 4-Millionen-Schwelle kurzzeitig überschreiten dürfte und auch im Jahresdurchschnitt in dieser Größenordnung liegen wird. Die Nachfrage nach Arbeitskräften wird sich nur langsam beleben, weil sich im Konjunkturabschwung in den Firmen vielfach Arbeitszeitreserven gebildet haben (infolge von Kurzarbeit bzw. dem Abbau von Überstunden auf Arbeitszeitkonten); im Jahresdurchschnitt 2002 dürfte die Erwerbstätigenzahl um etwa 80.000 abnehmen.

Implikationen für die Wirtschaftspolitik

Die Konjunktur in Deutschland würde derzeit günstiger verlaufen, hätte die Europäische Zentralbank die Zinsen im vergangenen Jahr energischer gesenkt und wäre die Wirtschaftspolitik der Empfehlung der Wirtschaftsforschungsinstitute gefolgt, die nächste Stufe der Steuerreform vorzuziehen. Auch jetzt ist es noch nicht zu spät für solche Maßnahmen. So könnte die Europäische Zentralbank, nachdem der Druck auf den Euro mit der Währungsumstellung verschwinden dürfte, ihre Zinsen nochmals sehr deutlich senken, um die Nachfrage der privaten Investoren zu beleben.

Als Alternative zum Vorziehen der Steuerreform ist daran zu denken, das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz anzuwenden, nach dem die Finanzminister des

Bundes und der Länder gehalten sind, vom Ziel der bedingungslosen Haushaltskonsolidierung Abstand zu nehmen, wenn, wie es eindeutig der Fall ist, die u. a. durch Vollbeschäftigung und angemessenes Wirtschaftswachstum definierten Bedingungen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts verletzt sind. Im Sinne dieses Gesetzes ist die Gewährung einer Investitionsprämie von 7,5 % der Nettoinvestitionen zu erwägen, die für längstens ein Jahr zu gewähren ist. Dadurch stiege das Budgetdefizit des Staates, das sonst bei 2,5 % liegen würde, auf 2,75 %.

Für die Investitionsprämie spricht die Wahrscheinlichkeit einer höheren konjunkturellen Wirksamkeit. Für das Vorziehen der Steuerreform spricht der Umstand, dass sie auch aus längerfristigen, strukturellen Gründen geboten ist. Immerhin liegt die Grenzabgabenbelastung der von einem durchschnittlichen Arbeitnehmer erzeugten Wertschöpfung mit etwa 66 % in Deutschland auf einem internationalen Spitzenniveau. Beide Maßnahmen würden mithelfen, den Aufschwung schneller und kräftiger in Gang zu setzen, als es sonst der Fall wäre. Sie würden einen Teil des durch die Rezession entstehenden und später nicht wieder einzuholenden Verlustes an Sozialprodukt verhindern, sodass sie zwar fiskalische Kosten verursachen, doch volkswirtschaftliche Erträge bewirken würden.

zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus